# In diesem Heft


## Titel

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in der Kunduz-Falle ..... 18
Die Familien der Bombenopfer kämpfen um Entschädigung ..... 25

## Deutschland

**Panorama:** Siemens-Hightech für Iran / Bildungsausgaben durch Rechentricks erhöht / Neue Spur in ungeklärter Mordserie ..... 13
**Steuern:** Das Gezerre um geplante Entlastungen 28
Der schleswig-holsteinische FDP-Fraktionschef Kubicki ist die zentrale Figur im Steuerstreit ..... 30
SPIEGEL-Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle über den Stolperstart der schwarz-gelben Regierung ..... 31
**Bundeskabinett:** Entwicklungsminister Dirk Niebel trimmt sein Ressort auf FDP-Kurs ..... 34
**Affären:** Kann sich die NRW-Justizministerin Müller-Piepenkötter nach dem Doppel-Ausbruch von Aachen im Amt halten? ..... 36
**Zeitgeschichte:** Die Neonazi-Freunde des Dutschke-Attentäters Bachmann planten weitere Anschläge ..... 38
**Bildung:** Fördermaßnahmen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind teuer und oft sinnlos ..... 40
**Strafjustiz:** Das Landgericht Ulm ringt um eine Erklärung für die Familientragödie von Eislingen ... 42
**Gesundheit:** Eine neue, großangelegte Studie belegt, wie krank Fluglärm macht ..... 45

## Serie

**Klimawandel (3):** Wie ernst der amerikanische Präsident Barack Obama den Kampf um die Klimawende wirklich nimmt ..... 46

## Gesellschaft

**Szene:** Bildband über die Relikte des Kalten Kriegs / Kaufangst beim Online-Shoppen ..... 54
Eine Meldung und ihre Geschichte – über den indischen Rattentöter Mokhairul Islam ..... 55
**Landwirtschaft:** Warum die Bauern die großen Verlierer sind bei Chinas Jagd nach Reichtum ..... 56
**Prozesse:** Bei Übergriffen von Polizisten stoßen Ermittler auf eine Mauer des Schweigens ..... 63
**Ortstermin:** In Berlin plaudert Thilo Sarrazin wieder über die Parallelwelt ..... 66

## Wirtschaft

**Trends:** ADAC plant Senioren-Organisation / Bahn will Millionenabfindungen verhindern / Lehman-Opfer KfW erhält Geld zurück ..... 68
**Staatsfinanzen:** Muss die EU Griechenland vor der Pleite retten? ..... 70
Interview mit dem griechischen Finanzminister Papakonstantinou über die Schulden des Landes ... 72
**Affären:** Der ehemalige Telekom-Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Zumwinkel schlägt zurück ..... 74
**Handel:** Arcandor-Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg über das Ende von Quelle und die Zukunft von Karstadt ..... 78
**Insolvenzen:** Das große Sterben der Autozulieferer ..... 80
**Weltwirtschaft:** SPIEGEL-Gespräch mit Ex-Notenbank-Chef Paul Volcker über die Lehren aus der Finanzkrise und seine Beratertätigkeit für Obama 94

## Ausland

**Panorama:** Wodurch die Terroranschläge von Bagdad möglich wurden / Machtkampf in Guinea / Verwirrende Fronten auf den Philippinen ..... 99
**Vereinigte Arabische Emirate:** Wofür steht der „Burj Dubai“ – der höchste Turm der Welt? ..... 102
**Nordkorea:** Kim Jong Il lässt seine Währungsreform feiern ..... 110


## Innere Zerrissenheit

Seite 28

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das am Freitag im Bundesrat zur Abstimmung steht, hat die christlich-liberale Regierung einen Fehlstart hingelegt. Das erste Gesetzesvorhaben von Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Westerwelle offenbart die Zerrissenheit im schwarz-gelben Lager und inhaltliche Defizite.

*Westerwelle, Merkel*

## Protokoll eines Ausbruchs

Seite 36

Zwei Schwerverbrecher marschieren im Aachener Gefängnis durch fünf Sperren, überwältigen einen Wachmann und besorgen sich geladene Waffen. Das Protokoll ihrer Flucht deckt Schwächen in der Sicherheitsstruktur der JVA auf – und setzt NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter noch mehr unter Druck.

## Amerikas Klimakämpfer

Seite 46

Auf der Klimakonferenz in Kopenhagen suchen 190 Staaten nach Strategien, mit denen sie die globale Erwärmung begrenzen können. Nach Wochen des Zögerns hat US-Präsident Obama erstmals konkrete Vorschläge angekündigt. Die USA sind gespalten: Die eine Hälfte der Bevölkerung hält Umweltpolitik für Sozialismus, die andere will die Welt retten.

*Ölraffinerie in Texas*

DAVID J. PHILLIP / AP

## Wer rettet Griechenland?

Seite 70

SIMELA PANTZARTZI / DPA

Die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands alarmiert Politiker und Notenbanker. Was immer sie tun, kann gefährliche Folgen haben: Lassen sie die Griechen allein, droht dem Land die Pleite – und Europa ein Flächenbrand. Wenn sie helfen, untergraben sie die Glaubwürdigkeit des Maastricht-Vertrags und gefährden so die Stabilität des Euro.

*Demonstranten in Athen*

AUSSENPOLITIK

## Putin-Freund muss gehen

Walter Jürgen Schmid, deutscher Botschafter in Moskau, muss seinen Platz räumen. Bundesaußenminister Guido Westerwelle will den Diplomaten durch den deutschen Nato-Botschafter Ulrich Brandenburg ersetzen. Schmid gilt im Kanzleramt und unter den Außenpolitikern der Koalition als zu unkritisch gegenüber Russland. Wichtige Personalentscheidungen muss laut Koalitionsvertrag das Kabinett gemeinsam treffen. Westerwelles Sprecher Robert von Rimscha wird im Auswärtigen Amt vorläufig nur stellvertretender Leiter des Planungsstabs, der amtierende Planungschef Markus Ederer soll bis Juli 2010 auf seinem Posten bleiben. Zur neuen politischen Direktorin im Außenministerium will Westerwelle die Beauftragte für den Balkan und die Türkei, Emily Haber, ernennen.

BUNDESTAGSWAHL

## Mängel festgestellt

JENS KOEHLER / BILDERMEER

*Wahlbeobachter*

OSZE-Wahlbeobachter empfehlen in ihrem Bericht zur Bundestagswahl vom 27. September eine Reform des Wahlrechts. Für die Zulassung von in deutschen Parlamenten noch nicht vertretenen Parteien, so die Analyse, gebe es keine spezifischen und messbaren Voraussetzungen. Zudem sei das Verfahren „nicht frei von Interessenkonflikten“, da im zuständigen Bundeswahlausschuss Vertreter der etablierten Parteien praktisch über das Schicksal von Mitbewerbern entscheiden. Um das „Risiko der Subjektivität“ zu vermeiden, sollte über „präzise, objektive und nachvollziehbare Kriterien“ nachgedacht werden. Zur Bundestagswahl waren mehrere Parteien, darunter die „Grauen“ und die „Freie Union“, nicht zugelassen worden. Da das Wahlgesetz zudem vor dem Wahltag keine gerichtliche Überprüfung der Wahlzulassung erlaube, beklagen die OSZE-Beobachter in ihrem Bericht, werde das Recht der Bürger auf „zeitnahen und effektiven Rechtsschutz“ beschränkt.

WOLFRAM SCHEIBLE

*Internationales Netzzentrum der Deutschen Telekom in Frankfurt am Main*

TELEKOMMUNIKATION

## Gefahr für Informanten

Medienverbände und Medienunternehmen warnen das Bundesverfassungsgericht eindringlich vor möglichen Folgen des Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und E-Mail-Verbindungen. Sollten die Karlsruher Richter das Gesetz bestätigen, gefährde es das Vertrauensverhältnis zwischen Journalisten und potentiellen Informanten „mit bislang nicht gekannter Intensität“. Der Staat erhalte so „erstmals Zugriff auf alle elektronischen Kontakte von und mit allen Journalisten“ für das jeweils zurückliegende halbe Jahr. „Allein diese Tatsache wird Informanten massiv abschrecken“, heißt es in dem von den Journalistenverbänden DJV, dju in Ver.di, den Verbänden der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, der ARD, dem ZDF und dem Privatsenderverband VPRT mitgetragenen Schreiben an den Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier. Der Informant müsse bereits eine Enttarnung fürchten, wenn der Journalist, wie es seine Sorgfaltspflicht gebietet, die von der Information betroffene Organisation konfrontiere – weil sich diese dann zur Ermittlung der undichten Stelle an Strafverfolgungsbehörden wenden könnte. „Gerade in Zeiten des Terrorismus, in denen der Staat Bürgerrechte vermehrt beschränkt und geheim agiert“, heißt es in dem Schreiben, sei aber „die Demokratie auf eine effektive und robuste Pressefreiheit angewiesen“. Die mündliche Verhandlung gegen die umstrittene Speicherpflicht beginnt am Dienstag vor dem Ersten Senat, entgegen den Ankündigungen allerdings nicht im Beisein von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Die Ministerin hatte die Verfassungsbeschwerde noch aus der Opposition heraus mit angestrengt. Sie ist somit Klägerin und nach ihrer Amtsübernahme auch auf der Seite der Beklagten.

RELIGION

## Unchristliche CDU?

Die CDU dürfe nicht länger ihr „C“ vernachlässigen und müsse sich „auf christliche Werte rückbesinnen“ – diese Forderung erhebt ein in der Partei kursierendes Kritikpapier, zu deren Verfassern der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt und Joachim Klose, Leiter des Bildungswerks der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sachsen, gehören. So fehle vor allem dem Großteil der jungen Unionspolitiker-Generation in den neuen Bundesländern „ein speziell christlicher Handlungsimpuls“; unter den dortigen CDU-Mitgliedern seien immer weniger Christen, ohne dass dies als Mangel empfunden werde. Als Folge schwinde das Christliche in der CDU. Die Analyse der vergangenen Bundestagswahl habe gezeigt, so Patzelt, dass viele katholische Wähler sich von der Partei abgewendet hätten. Eine Diskussion über das „C“ in der Union wird auch von anderen, den Parteien nahestehenden Persönlichkeiten gefordert. Der Kölner Kardinal Joachim Meisner hat sie wiederholt angemahnt, der Publizist Martin Lohmann gar ein Buch geschrieben, in dem er der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel die Vernachlässigung dieses Kernthemas vorwirft.

Meisner

DDP / ULLSTEIN BILD

allem um verschiedene Untersuchungsberichte zu dem Bombenabwurf, unter anderem von der Nato und von deutschen Feldjägern.

„Die Zusage, dass wir umfassend informiert werden, wurde nicht eingehalten“, stichelt Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, schon jetzt. „Der Nato-Bericht ist deutlich genug, um die Nichtangemessenheit des Angriffs festzustellen, sagt der Verteidigungsexperte der Grünen, Omid Nouripour. „Guttenberg muss dem Ausschuss erklären, warum er das nicht gemerkt hat.“ Und die Linksfraktion fordert schon Guttenbergs Rücktritt.

Es kommt jetzt darauf an, wie gut Guttenbergs Antworten auf ein paar Fragen zu seinem Meinungswandel im Fall Klein sind. Es spricht nichts gegen eine Korrektur, das Eingeständnis eines Irrtums. Das Entscheidende, das Zweifelhafte ist Guttenbergs Begründung, er habe nicht alle Berichte über die Bombardierung gekannt. Einige Berichte seien ihm vom Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, und vom Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Peter Wichert, vorenthalten worden, selbst auf Nachfrage. Beide mussten deshalb abtreten.

Darum geht es jetzt vor allem, um Zweifel an dieser Begründung. Haben nicht schon die Unterlagen, die Guttenberg kannte, ausgereicht, um den Einsatz falsch zu finden? Und wie sind die Gespräche zwischen Schneiderhan, Wichert und Guttenberg abgelaufen?

Guttenberg hat seine Version geliefert. Sie wird aus dem Umfeld Schneiderhans bestritten. Es könnte zu einem Prozess kommen.

Es geht also um die Frage, wie aufrichtig Guttenberg in dieser Sache ist. Und diese Frage berührt das Verhältnis der Deutschen zur Demokratie. Denn Guttenberg ist zur Lichtgestalt der Politik geworden, weil er als ungewöhnlich aufrichtig gilt, als gerader Typ, der sagt, was er denkt, und meint, was er sagt.

Er kam als Zauberer in die deutsche Politik. Am 10. Februar wurde er Wirtschaftsminister und schoss bald hoch zum beliebtesten Politiker des Landes. Bei der Bundestagswahl im September holte er das bundesweit beste Erststimmenergebnis, 68,1 Prozent. Einem verdrossenen Publikum erschien plötzlich jemand, der eine bessere, schönere Politik zu machen schien. Guttenberg wurde vom Menschen zum Phänomen. Doch nun läuft die Entzauberung des Zauberers.

Das passiert ausgerechnet vor dem Hintergrund eines Krieges, eines für Deutschland so ungeheuer heiklen Themas, noch immer.

Erst mussten die Bürger erleben, dass das bundesdeutsche Bestreben, auch im Krieg eine saubere, gute Nation zu sein, gescheitert ist. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zweifelt schon länger an der Angemessenheit des Bombenabwurfs.

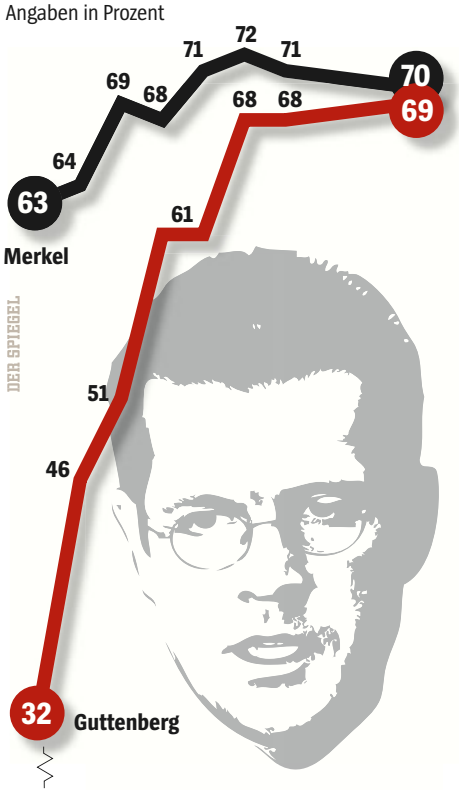
Die Bürger müssen zudem erleben, dass genau das passiert, was im Krieg immer passiert: Die Wahrheit soll nicht ans Licht,

**Bundeswehrsoldaten in der Nähe von Kunduz, Truppenbesucher Guttenberg vergangene Woche**

## Aufsteiger 2009

*„Sind Sie mit der politischen Arbeit von Karl-Theodor zu Guttenberg und Angela Merkel…?“*

Antwort: **sehr zufrieden / zufrieden**
Angaben in Prozent




Infratest dimap; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: weniger zufrieden / gar nicht zufrieden, kenne ich nicht

jedenfalls nicht in ihrer gesamten Dimension und höchstens scheibchenweise.

Noch immer ist die Frage nicht beantwortet, warum sich Guttenberg zunächst so entschieden hinter Klein gestellt hat. Er kannte den Nato-Bericht, der in der Verantwortung von Isaf-Kommandeur Stanley McChrystal erstellt wurde. Und je mehr von diesem Bericht bekannt wird, desto rätselhafter erscheint es, wie er zu der Einschätzung kommen konnte, Klein habe angemessen gehandelt. In dem Bericht drückt die Nato-Untersuchungskommission nach SPIEGEL-Informationen ihre Zweifel an der Angemessenheit des Bombardements noch deutlicher aus als bisher bekannt.

In dem Nato-Bericht steht, dass Oberst Klein, damals der Kommandeur des sogenannten PRT-Wiederaufbauteams in Kunduz, weniger die Tanklaster treffen wollte, sondern vorrangig die Menschen, die sich in der Nähe aufhielten.

„Es ist schwer zu ergründen, warum der Fokus des PRT-Kommandeurs (Klein) auf die Taliban in dem Zielgebiet gerichtet war und nicht allein auf die gestohlenen Tanklaster, die doch wohl die größte Bedrohung waren für die Sicherheit der PRT-Kräfte.“ Als die Piloten der F-15 um 1.28 Uhr berichten, dass eine große Gruppe von Menschen über die Sandbank Richtung Norden renne, forderten laut Nato-Bericht die Deutschen eine schnelle Bombardierung der Flüchtenden. „Understand the Target ist now time sensitive“, signalisierte Kleins Fliegerleitoffizier den Piloten – das Ziel sei nun zeitkritisch. Beeilung also.

Die Piloten fragten, um jeden Irrtum auszuschließen: „Sollen wir die Fahrzeuge treffen oder die Menschen?“ Der Fliegerleitoffizier bestätigte: Die Menschen sollten getötet werden.

Guttenberg hingegen betonte auf der Pressekonferenz am 6. November die potentielle Gefahr, die von den festgefahre-